

***Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz
„Community Communication“***

Ann-Sofie Susen

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Demokratieförderung
Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages
20. und 21. Mai 2019 in Berlin
Forum Verlag Godesberg GmbH 2021, Seite 289-297

978-3-96410-006-1 (Printausgabe)
978-3-96410-007-8 (eBook)

Ann-Sofie Susen

Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz „Community Communication“

I. Bedarf & Herausforderungen

Im Jahr 2006 wurde ein Verwaltungsakt zu einem berlinweiten Thema: der geplante Bau einer Moschee polarisierte eine ganze Stadtgesellschaft. Zum damaligen Zeitpunkt existierten zwar bereits ca. 80 Moscheen in Berlin (heute sind es fast 100), die wenigsten davon jedoch in repräsentativen Gebäuden und keine einzige im Ostberliner Teil der Stadt. Als die Bezirksverwaltung die Bürger/innen über das geplante Vorhaben informieren wollte, eskalierte die anberaumte Veranstaltung in einer Turnhalle bereits vor Beginn in einem Maße, dass die Versammlung aufgelöst und die Vertreter der muslimischen Gemeinde unter Polizeischutz heraus begleitet werden mussten. Vor diesem Hintergrund begann das Mobile Beratungsteam Berlin (MBT) der Stiftung SPI das Konzept „Community Communication“ zu entwickeln.

Neue Herausforderungen zeichneten sich spätestens 2013 ab, als zunehmend kommunale Akteure vor der Aufgabe standen, Unterkünfte für ankommende, geflüchtete Menschen zur Verfügung zu stellen. In Berlin eskalierte zumindest kommunikativ wieder eine Bürgerversammlung, zu der Bezirkspolitiker/innen offen eingeladen hatten. Bis heute kursiert ein Videomitschnitt der Veranstaltung im Internet.

Moderne Gesellschaften der Vielfalt und Verschiedenheit sind nicht unbedingt konfliktreicher als andere, aber ihre Konflikt- und Problemlagen sind häufig komplexer im Sinne von Unklarheit darüber, welche Ursache zu welcher Wirkung führt, welche Akteure beteiligt und wichtig sind und welche Konfliktlagen sich gegebenenfalls überlagern und gegenseitig bedingen, verstärken oder abschwächen. Gerade diese Unübersichtlichkeiten machen den öffentlichen Austausch jedoch notwendiger denn je. Die öffentliche Versammlung und die Meinungsfreiheit sind Kernelemente jeder Demokratie und deshalb auch rechtlich besonders geschützt. Wenn öffentliche Zusammenkünfte abgebrochen werden müssen und nicht stattfinden können, weil verschiedene

Standpunkte aufeinandertreffen und Polarisierungen erzeugen, die einen zivilisierten Austausch über bestehende Konflikte unmöglich machen, dann ist dies ein Alarmsignal für Politik und Gesellschaft. Doch statt mit Rückzug in die eigene Filterblase zu reagieren, sollte anerkannt werden, dass Kommunikation, zumal öffentliche Kommunikation, selbst ein hochkomplexer Prozess ist, der gelernt werden muss. Von jedem einzelnen und von der Gesellschaft als ganzer. Kommunikation ist voraussetzungsvoll und gleichsam Voraussetzung für Beteiligung.

Der Ansatz „Community Communication“ basiert auf der Annahme, dass gelungene Kommunikation nicht nur Mittel der Konfliktbearbeitung, sondern bereits Teil der Lösung von Konflikten ist.

Damit verschiebt sich der Fokus: während viele demokratische Konfliktlösungsansätze auf ein Ergebnis hinarbeiten (Konsens, Kompromiss, Interessenausgleich oder Mehrheitsentscheid), stellt „Community Communication“ den Kommunikationsprozess in den Mittelpunkt, der als gesellschaftliches Lern- und Reflexionsfeld begriffen wird und damit auf langfristige und nachhaltige Wirkungen abzielt: zielorientiert, aber ergebnisoffen. Community Communication stellt den Versuch dar, durch geplante Kommunikationsprozesse gesellschaftliche Konflikte zu pluralisieren und zu entpolarisieren.

Dabei geht es nicht darum, andere demokratische Ansätze und Regularien zu diskreditieren. Diese haben ihre unbestreitbare Berechtigung, wenn es „materiell“ etwas zu verteilen, etwas zu entscheiden gibt und sich hier unterschiedliche Interessen gegenüber stehen. Bei vorurteilsbasierten Konfliktlagen, für die wir als Mobiles Beratungsteam zuständig sind, entzünden sich die Debatten meist aufgrund einer Ablehnung von neu hinzukommenden Menschen und Gruppen, wobei die Motivlagen hierfür manchmal weniger eindeutig sind, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Gemein ist diesen Konfliktlagen jedoch, dass Anwohner und Anwohnerinnen aus guten Gründen nicht darüber entscheiden können, wer in ihrer unmittelbaren Umgebung wohnen, arbeiten und beten darf und wer nicht. Vor diesem Hintergrund stehen Politik und Verwaltung nicht selten vor der Entscheidung, ob in diesen Fällen eine „diskursive Beteiligung“ der Bürger/innen überhaupt sinnvoll oder notwendig ist, zumal wenn keine größeren baulichen Planungen oder Veränderungen mit dem Zuzug verbunden sind, die eine Einbeziehung oder Beteiligung der Anwohner/innen qua Gesetz sowieso erfordern. In den letzten Jahren stellte sich diese Frage für viele Kommunen häufig bei der Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort.

Während in der Öffentlichkeit viel über die Berechtigung von Sorgen und Ängsten der Bevölkerung debattiert wurde, waren die in solchen Situationen aufkommenden Bedenken, Befürchtungen und Ängste der politischen Verantwortungsträger in der kommunikativen Auseinandersetzung mit ihren Bürgern und Wählerinnen kaum Thema. Doch nicht selten stoßen wir in der Beratung von kommunaler Politik und Verwaltung auf große Vorbehalte: Warum sich der Wut der Bürger/innen freiwillig aussetzen? Warum Vorurteilen Raum geben? Warum etwas zum Thema machen, was sowieso aus gutem Grund nicht zu entscheiden ist? Warum Debatten zulassen, die letztendlich unsere verfassungsmäßigen Grundlagen berühren oder sogar offen zur Disposition stellen? Diese Fragen und Ängste werden selten offen formuliert, sind aber deutlich spürbar, wenn mit großer Vorsicht und Skepsis Dialog- und Anwohnerveranstaltungen geplant und umgesetzt werden.

Demokratie lebt nicht allein davon, Entscheidungen herbeizuführen und umzusetzen. Demokratie lebt auch von der diskursiven Auseinandersetzung über mögliche oder bereits getroffene Entscheidungen. Diese Auseinandersetzungen finden täglich statt: In Talkshows, sozialen Medien, Kneipen und Cafés, auf Familienfeiern, im Büro oder auch im Parlament. Je höher dabei die Kommunikationsdichte, desto größer ist dabei die Wahrscheinlichkeit auch auf Positionen und Weltanschauungen zu treffen, die dem eigenen Wertekanon entgegenstehen. Diese Begegnungen und der Austausch darüber sind wichtig, um Annahmen und Meinungen immer wieder neu zu justieren und zu hinterfragen. Da dies mitunter mühsam ist, hat der Verbleib in der eigenen Filterblase und Komfortzone einen großen Vorteil: Das eigene Denken und auch die eigenen Vorurteile werden stets bestätigt und verdichten sich zu unumstößlichen Wahrheiten. Erfahrungsgemäß suchen die meisten Menschen eher nach Resonanz- denn nach Reflexionsräumen.

Vorurteilsbasierte Konfliktlagen sind meist hoch emotionalisiert, was nicht zuletzt daran liegt, dass Vorurteile immer an Emotionen gebunden sind und ohne diese nicht funktionieren. In vielen Situationen sind wir auf unsere gut funktionierenden Vorurteile angewiesen, sie aktivieren in Sekundenschnelle unser Reaktionsvermögen, z.B. den Fluchtreflex. Diese tiefgehende Verbindung von Verstand und Gefühl ließ Einstein wohl auch zu der Erkenntnis gelangen, dass die Spaltung eines Atomkerns einfacher sei, als die Spaltung eines Vorurteils. Es bleibt trotzdem keine andere Möglichkeit, als es immer wieder zu versuchen. Und: Aus der Vorurteilsforschung wissen wir, dass nichts besser wirkt gegen Vorurteile als die persönliche Begegnung, die direkte Erfahrung miteinander.

Die Erfahrungen des Mobilen Beratungsteams zeigen, dass es möglich ist, Menschen auch milieuübergreifend auf Augenhöhe ins Gespräch zu bringen, dass es möglich ist, emotionalisierte Debatten zu versachlichen und Polarisierungen zu pluralisieren. Der Gewinn besteht darin, dass Menschen sich gesehen, gefragt und gehört fühlen und sich so erst der Raum zur ernsthaften Auseinandersetzung und zur Reflexion eigener Haltungen und Weltanschauungen öffnen kann.

II. & III. Konzeptionelle Grundlagen und Methoden

Der Ansatz „Community Communication“ geht von den folgenden Grundannahmen aus:

- In vielfältiger werdenden Gesellschaften werden auch die Problem- und Konfliktlagen komplexer. Neue Konfliktthemen und heterogene gesellschaftliche Interessen stellen eine Herausforderung dar.
- Demokratien und moderne, komplexe Gesellschaften haben eine funktionierende Kommunikation zur Voraussetzung.
- Vielfältige Meinungen und Sichtweisen bergen die Chance einer differenzierten Betrachtung und neuer Lösungswege.
- Konflikte sind nicht als Störung zu betrachten, sondern als gesellschaftliche Lernfelder demokratisch verfasster Gemeinwesen.
- Konflikte setzen Energien frei, die der Wertschätzung bedürfen, damit sie zu Ressourcen des Gemeinwesens werden.
- Konflikte können zum Motor für mehr Bürgerbeteiligung werden. Bürgerbeteiligung ist mehr als Bürgerinformation und weniger als Bürgerentscheid.

Damit Kommunikation und diskursive Beteiligung gut gelingen, bedarf es der Transparenz durch frühzeitige Information, der Pluralisierung des Konflikts, spezifischer Partizipationsangebote und passgenauer Dialogformate, der Wertschätzung des Engagements aller Beteiligten sowie einer professionellen externen Prozessbegleitung und Moderation.

Zu Beginn eines längerfristigen sozialräumlichen Kommunikationsprozesses ist es hilfreich, zunächst mit einer „Multiplikatorenrunde“ zu starten. Hierfür müssen „Brückenbauer“ und „Schlüsselpersonen“ des Gemeinwesens identifiziert und zusammengebracht werden. „Brückenbauer“ sind Personen, die über Verbindungen in wichtige Gruppen, Gemeinschaften und Milieus verfügen und einen Zugang eröffnen können. „Schlüsselpersonen“ sind anerkannte Verantwortungs-

träger, Respektpersonen oder Vorbilder eines Gemeinwesens, deren Wort besonderes Gewicht hat. Gemeinsam können die spezifische Problemlage vor Ort bestimmt und mögliche Maßnahmen eruiert werden. Meist deuten sich schon hier die unterschiedlichen Sichtweisen und Stimmungen vor Ort an.

Der so begonnene und gut fundierte Prozess kann nun im Weiteren eine breitere Öffentlichkeit einbeziehen. Welche Formate an dieser Stelle auch immer gewählt werden, eher klassische Anwohnerversammlungen oder kleinteiligere Großgruppenkonzepte, hängt viel von den gegebenen Rahmenbedingungen ab. Wichtig sind in jedem Fall Transparenz und Offenheit sowie das aktive Bemühen um Einbeziehung und Beteiligung, um die konflikthafter Themen und Auseinandersetzungen zu versachlichen und zu pluralisieren. Häufig werden im Laufe solcher Auseinandersetzungen auch weitere Konfliktlagen sichtbar, die bisher nur unzureichend wahrgenommen oder bearbeitet wurden. Die mobilisierte Energie kann manches Mal an dieser Stelle genutzt werden, um gemeinsam auch diese zurück- oder tieferliegenden Konflikte hervorzuholen und zu bearbeiten.

Wichtige Voraussetzungen, damit der Kommunikationsprozess funktioniert, sind unserer Erfahrung nach folgende Punkte:

- Die Ziele sind abgesprochen und definiert.
- Die professionellen Rollen und Aufgaben sind klar.
- Die Moderation ist allparteilich.
- Die Akteure werden als Expert/innen in ihrer Sache ernst- und wahrgenommen.
- Die Beteiligungsmöglichkeiten und ihre Grenzen werden kommuniziert.
- Soviel Transparenz und Beteiligung wie möglich.
- So kleinteilig wie möglich: Augenhöhe!
- Die Kommunikation wird visualisiert und dokumentiert.
- Der Ablauf ist strukturiert.
- Formate, Methoden und Vorgehen sind zielbestimmt, der Prozess aber ist ergebnisoffen.
- Das Vorgehen ist prozessorientiert, d.h. Reflexionsschleifen sind vorgesehen und Nachsteuerungen möglich.

IV. Ausblick

2008 wurde die erste Moschee in Ost-Berlin schließlich feierlich eröffnet. Im Zuge der konflikthaften Auseinandersetzungen war es möglich, die verschiedenen Konfliktparteien im Ortsteil zumindest miteinander ins Gespräch zu bringen. Ein Teil der Anwohner/innen engagierte sich im Rahmen einer Zukunftswerkstatt, um Ideen und Pläne für den Ortsteil zu entwickeln. Das Engagement mündete in einer gut besuchten Zukunftskonferenz und der Einrichtung eines Nachbarschaftsladens, der bis heute aktiv von Ortsansässigen betrieben wird.

Nicht jeder Konflikt löst sich in so viel Wohlgefallen auf. Für viele lokale Konfliktherde in den letzten Jahren im Rahmen des Zuzugs von Flüchtlingen fehlte schlicht die Zeit, um diese ausgiebig und langfristig zu begleiten. Umso bemerkenswerter sind an dieser Stelle die selbstregulativen Kräfte vieler Sozialräume, die mit viel bürgerschaftlichem Engagement menschenfeindlichen Stimmungslagen trotzen.

Es lassen sich Indikatoren formulieren, die ein Gradmesser für den Erfolg eines Kommunikationsprozesses sein können:

- alle fühlen sich gefragt, gehört und gesehen
- die Konfliktlagen sind entschärft und beruhigt
- es wurden gesellschaftspolitische Lernerfahrungen gemacht
- Kommunikation und Vernetzung finden statt
- lokales Engagement mündet in Ergebnisse und entfaltet langfristige Wirkung
- externe Beratung und Prozessbegleitung ist nicht mehr oder nur noch punktuell notwendig

Hinzufügen ließe sich als letzter Indikator: Politik und Verwaltung sehen zukünftigen Konflikten gelassener entgegen und haben keine Angst vor diskursiven Auseinandersetzungen und Beteiligungen. Damit wäre für unsere Demokratie schon viel gewonnen.

V. Nachtrag

Etwa an dieser Stelle endete mein Kurzimpuls im Rahmen des 24. Deutschen Präventionstags am 21. Mai 2019. Nur zehn Tage später, am 2. Juni 2019, wurde der Kommunalpolitiker Walter Lübcke mutmaßlich von einem Rechtsextremisten erschossen.

Nach dem Mord an dem Christdemokraten sendeten die Medien wiederholt eine kurze Videosequenz aus dem Jahr 2015, die zeigte, wie sich Walter Lübcke im Rahmen einer Bürgerversammlung zum Thema Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen klar positionierte: „Ich würde sagen, es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.“ Zeugen der Veranstaltung berichteten später, dass die Stimmung unter den 800 Anwesenden aufgeheizt gewesen sei und dass der Eindruck entstand, dass einige Teilnehmer/innen gezielt durch Provokationen die Stimmung beeinflussten. Die kurze Videosequenz verbreitete sich in Windeseile in den sozialen Medien, flankiert von etlichen Hasskommentaren gegenüber dem Politiker. Nach dem, was bisher öffentlich bekannt ist, war der mutmaßliche Täter bei der Veranstaltung ebenfalls anwesend und sein Hass gegenüber Lübckes Worten und seiner Haltung das Motiv seiner Tat.

Im Rahmen der Mobilen Beratungsarbeit haben wir selbst etliche solcher und ähnlicher Veranstaltungen besucht, begleitet und teilweise auch moderiert. Unter anderem fußt das Konzept Community Communication auf diesen Erfahrungen und auf der hieraus gewonnenen Expertise.

Nach dem Moment des Schocks und der Bestürzung stellte sich in unserem Team schnell die Frage, ob wir unsere Annahmen und Schlussfolgerungen überdenken müssen. Die Bedenken sind nicht neu und werden auch öffentlich immer wieder diskutiert: Mit Rechten reden? Sorgen und Ängste ernst nehmen? Auf Provokationen einlassen?

Einfach sind diese Fragen nicht zu beantworten. Vielmehr werfen sie weitere konkrete Fragen auf, die sich aus professioneller Sicht stellen: Wieso waren 800 Personen anwesend? Wurde offen oder persönlich eingeladen? Gab es eine Moderation? Und eine Moderationsassistenz? Wer hatte diese inne? Wer war noch als Ansprechpartner vor Ort? Wurden Gesprächsregeln vorgestellt, Audio- und Videoaufnahmen verboten, das Hausrecht benannt? War der Ablauf für alle gleichermaßen transparent? Wie entwickelte sich die Gesprächsdynamik? Wie war die Stimmung im Vorfeld? Wurden Fragen und Anmerkungen dokumentiert und sachlich beantwortet?

Nach dem, was in der Videosequenz zu sehen ist, hat sich Walter Lübcke seiner Aufgabe als Politiker gestellt. Das Grundgesetz verpflichtet die Parteien darauf, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Politiker/innen und Parteien sollen demnach mehr als nur in-

formieren, der Auftrag zur Willensbildung hat einen programmatischen, zielorientierten und wertebasierten Charakter. Insofern war es aus seiner Rolle heraus verständlich und richtig Stellung zu beziehen und Haltung zu zeigen, auf Provokationen ebenfalls provokativ zu reagieren.

Für die Moderation, für eventuell anwesende Sachverständige und Expert/innen ist die Rolle wiederum anders zu definieren und auszufüllen. Bei der Planung solcher Großveranstaltungen müssen diese unterschiedlichen Rollen vorab besprochen und geklärt werden, um Gesprächssituationen gut gestalten zu können. Insofern lässt sich auch die Frage „Mit Rechten reden?“ nicht pauschal beantworten, abgesehen davon dass auch der Begriff „Rechte“ Spielraum für Interpretationen lässt. Als Privatperson kann ich ein Gespräch führen oder eben nicht, in einer öffentlichen oder professionellen Funktion habe ich meistens gar nicht die Möglichkeit der Entscheidung, ich stehe in der Verantwortung.

Unserer Erfahrung nach sind für Veranstaltungen solchen Typs die ersten 20-30 Minuten entscheidend: Wurden alle freundlich empfangen? Sind die „Spielregeln“ klar? Ist für die Versachlichung von Fragen und Redebeiträgen gesorgt? Wurde deutlich, dass Fragen gestellt werden können und diese auch beantwortet werden? In dieser Phase ist die Moderation insbesondere auf das „Emotionsmanagement“ konzentriert, um für alle eine annehmbare Gesprächssituation herzustellen, die den sachlichen, fairen und respektvollen Austausch ermöglicht. Ist dieses Ziel nach ca. einer halben Stunde erreicht, geht es meist „nur noch“ um die Stabilisierung, das Halten des Gesprächs. Im Ergebnis bedeutet das nicht, Sorgen und Ängste zu teilen, sondern die damit verbundenen Gefühle ernst zu nehmen und anzuerkennen, dass Menschen emotionalisiert sind und dieser Zustand zunächst bearbeitet werden muss, bevor Begegnung und Auseinandersetzung überhaupt möglich sind.

Alternativ zu den in Politik und Verwaltung beliebten Großveranstaltungen haben sich kleinteiligere Gesprächsformate bewährt, z.B. Formate wie „Info-Inseln“. Hierbei gibt es kein zentrales Podium, sondern thematische Stationen, Tische mit Ansprechpartner/innen für die jeweiligen Anliegen. Diese u.ä. Formate haben den Vorteil, dass Personengruppen, denen es nur um das Stören von Veranstaltungen geht, mit ihren Provokationen keine Chance haben, da ihnen die große Bühne fehlt. Ebenso fehlt aber auch den politisch Verantwortlichen die gewohnte Bühne, so dass diese sich manchmal nur schwer mit solchen Alternativen anfreunden können, obwohl viele Bürger/innen die

Gelegenheit zum Dialog von Angesicht zu Angesicht und auf Augenhöhe sehr schätzen. Der Nachteil kleinerer Veranstaltungsformate ist sicherlich, dass kein gemeinsamer diskursiver Raum hergestellt werden kann, das Gesagte nicht öffentlich wird. Zuletzt haben wir daher auch mit „Mischformen“ der verschiedenen Veranstaltungsformate experimentiert und teilweise durchaus gute Erfahrungen gemacht.

Alle Ideen und Maßnahmen bieten am Ende jedoch keinen völligen Schutz gegen Eskalationen und affektgesteuerte Reaktionen. Ein Restrisiko bleibt. Doch was ist die Alternative? Nicht mehr um die Unentschiedenen, die Wankenden und die Fragenden für das demokratische Gemeinwesen zu werben? Die Willensbildung den Filterblasen und Resonanzräumen in den sozialen Medien zu überlassen? Gespräche zu meiden und Konflikten aus dem Weg zu gehen? Die Verteidigung demokratischer Grundwerte zu unterlassen? Stillschweigen?

Das größte Pfund der Demokraten und Demokratinnen bleibt ihr offenes Visier, ihr Ringen um Positionen, ihr Mut zum Streit. Die Währung der Populist/innen ist die Angst der Menschen. Nehmen wir ihnen diese.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

I. Der 24. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks

Zur Eröffnung des 24. Deutschen Präventionstages 11

Erich Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des
24. Deutschen Präventionstages 27

Merle Werner, Rainer Strobl

Evaluation des 24. Deutschen Präventionstages
am 20. und 21. Mai 2019 in Berlin 67

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Rami Ali, Felix Lippe

Jamal al-Khatib – Mein Weg! Partizipatives Online
Streetwork gegen gewalttätigen Fanatismus 117

Lan Böhm

Demokratiestärkung und Extremismusprävention in ländlichen
und strukturschwachen Räumen – Das Bundesprogramm
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ 143

Jens Borchert, Diana Beyer, Maren Jütz

Politische Bildung im Jugendstrafvollzug.
Spezifika, Themen und Definitionen – Ein Zwischenbericht 147

Niels Gatzke

Ein Präventionsrat zur Aktivierung der Zivilgesellschaft 167

Joschka Gatzlaff

Radikalisierungsprozesse in Haft – Das „System fit machen“ 171

Thomas Gill

Demokratieförderung, politische Bildung und Prävention im
Kontext von Flucht 175

<i>Nadine Jukschat, Maruta Herding, Maria Jakob</i> Demokratieförderung im Strafvollzug. Erfahrungen aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“	187
<i>Kari-Maria Karliczek, Jasmin Rocha</i> Chancen und Grenzen von Partizipation. Die Organisation partizipativer Prozesse im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“	207
<i>Christoph Kopke, Philipp Kuschewski</i> Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“	229
<i>Tobias Lehmeier, Laura Liebscher</i> Qualitätsstandards in der Ausstiegsarbeit aus der extremen Rechten	245
<i>Svenja Pasternack</i> „Grenzerfahrungen“. Ein Modellprojekt zur Stärkung der Demokratiefähigkeit und Rechtsextremismusprävention bei jungen Menschen	253
<i>Helmolt Rademacher</i> Gewaltprävention und Demokratiepädagogik in der Schule	261
<i>Larissa Sander</i> RADIKAL ICH – Prävention durch Identitätsstärkung	269
<i>Kerstin Sischka</i> Professionell arbeiten unter extrem(istisch)en Bedingungen?!	277
<i>Ann-Sofie Susen</i> Diskursive Beteiligung im Gemeinwesen: Der Ansatz „Community Communication“	289
<i>Yvette Völschow, Marlene Gadzala</i> Toleranz und Sicherheitsempfinden in einer strukturschwächeren Kleinstadt	299
<i>Stephan Voß</i> Der Neuköllner Aufruf der Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)	315

Harald Weilnböck

Intensivpädagogische politische Bildung –
Narrative Gesprächsgruppen an Schulen im ländlichen
und kleinstädtischen Raum

319

III. Autor*innen

369